Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 346 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 20512

Morgen-Ausgabe

Freitag, 18. Juli

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* In der Nationalversammlung wird der Antrag der Unabhängigen auf vollständige Trennung von Staat und Kirche abgelehnt.

* Das Preußenparlament nimmt zum Landarbeiterstreik Stellung.

* In Stettin hat der bürgerliche Abwehrstreik begonnen.

* Am 4. August ist ein allgemeiner Landarbeiterstreik geplant.

* Es wird ein Gesetzentwurf zur Abstempelung sämtlicher Wertpapiere vorbereitet.

* Der amerikanische Generalpostmeister hat die Wiederaufnahme des Postdienstes mit Deutschland angeordnet.

* Die Arbeiter in Christiania planen für Sonnabend einen Streik.

Des Kaisers Friedenswille

Berlin, 17. Juli.

Mehrere Blätter verbreiten nach der Zeitschrift „Deutsche Politik" folgenden Brief Kaiser Wilhelms an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg:

„Neues Palais, 28. Juli 1914, 10 Uhr vormittags.

Ew. Exzellenz!

Nach Durchlesung der serbischen Antwort, die Ich heute morgen erhielt, bin Ich der Ueberzeugung, daß im großen Ganzen die Wünsche der Donaumonarchie erfüllt sind. Die paar Reserven, die Serbien zu einzelnen Punkten macht, können Meines Erachtens durch Verhandlungen wohl geklärt werden. Aber die Kapitulation liegt darin orbi et urbi verkündet, und durch sie entfällt jeder Grund zum Kriege. Dennoch ist dem Stück Papier, wie seinem Inhalt nur beschränkter Wert beizumessen, solange er nicht in die Tat umgesetzt wird. Die Serben sind Orientalen, daher verlogen, falsch und Meister im Verschleppen. Damit diese schönen Versprechungen Wahrheit und Tatsache werden, muß eine douce violence geübt werden. Das würde dergestalt zu machen sein, daß Oesterreich ein Faustpfand (Belgrad) für die Erzwingung und Durchführung der Versprechen besetzt und solange behielte, bis tatsächlich die petits durchgeführt sind. Das ist auch notwendig, um der zum dritten Mal umsonst mobilisierten Armee eine äußere Satisfaktion d'honneur zu geben, den Schein eines Erfolges dem Auslande gegenüber und das Bewußtsein, wenigstens auf fremdem Boden gestanden zu haben, ihr zu ermöglichen. Ohne dies dürfte bei Unterbleiben eines Feldzuges eine sehr üble Stimmung gegen die Dynastie aufkommen, die höchst bedenklich wäre. Falls Ew. Exzellenz diese Meine Auffassung teilen, so würde ich vorschlagen, Oesterreich zu sagen, der Rückzug Serbiens sei erzwungen, und man gratuliere dazu. Natürlich sei damit ein Kriegsgrund nicht mehr vorhanden, wohl aber eine Garantie nötig, daß die Versprechungen ausgeführt würden. Das würde durch die vorübergehende militärische Besetzung eines Teiles von Serbien wohl erreichbar sein, ähnlich wie wir 1871 in Frankreich Truppen stehen ließen, bis die Milliarden gezahlt waren. Auf dieser Basis bin ich bereit, den Frieden in Oesterreich zu vermitteln. Dagegen lautende Vorschläge oder Proteste anderer Staaten würde Ich unbedingt abweisen, umsomehr, als alle mehr oder wenig offen an Mich appellieren, den Frieden erhalten zu helfen. Das würde Ich tun auf Meine Manier und so schonend für das österreichische Nationalgefühl und für die Waffenehre seiner Armee, als möglich. Denn an letztere ist schon bereits seitens des Obersten Kriegsherrn appelliert worden und sie ist dabei, dem Appell zu folgen. Also muß sie unbedingt eine sichtbare Satisfaktion d'honneur haben. Das ist Vorbedingung für Meine Vermittelung. Daher wollen Ew. Exzellenz in dem skizzierten Sinn einen Vorschlag Mir unterbreiten, der nach Wien mitgeteilt werden soll. Ich habe im obigen Sinne an den Chef des Generalstabes durch Plessen schreiben lassen, der ganz Meine Ansicht teilt.

gez. Wilhelm I. R."

Im gleichen Sinne ist gehalten, was der Generaladjutant des Kaisers, General von Plessen, an den Generalstabschef von Moltke zu melden hat:

Potsdam, 28. Juli 1914.

Seine Majestät der Kaiser und König lassen Ew. Exzellenz folgendes mitteilen:

Die Antwort der Serben auf das österreichische Ultimatum liegt jetzt vor. Nach Kenntnisnahme derselben findet Seine Majestät, daß die Serben im wesentlichen alle an sie gestellten Forderungen zugestanden haben, und daß damit für Oesterreich-Ungarn der Anlaß zum Kriege fortfällt. Sir Edward Grey hat infolge der gleichen Auffassung uns zur Vermittlung aufgefordert, welcher Aufforderung wir nicht anders als mit Weitergabe entsprechen konnten, wenn wir nicht den Vorwurf auf uns laden wollten, daß wir zum Kriege trieben. Auf alle Fälle müßte Oesterreich-Ungarn aber ein Faustpfand mit Beschlag belegen als Bürgschaft, daß die gemachten Versprechungen von den Serben eingehalten werden.

(gez.): Plessen."

Ebenso macht der Kaiser zu der serbischen Antwortnote selbst die Bemerkung:

„Eine brillante Leistung für eine Frist von 48 Stunden! Das ist mehr, als man erwarten konnte! Ein großer moralischer Erfolg für Wien. Damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und Giesl hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen. Darauf hätte ich niemals Mobilmachung befohlen."

Es geht daraus hervor, daß der Kaiser die serbische Antwort nicht als Grund für einen Krieg empfand. Wie die Herausgeber der Zeitschrift mitteilen, würde die Bestätigung des Willens des Kaisers, den Krieg zu verhindern, auch durch die Veröffentlichung der Memoiren des Generalstabschefs von Moltke erfolgen, die eine dramatische Schilderung davon geben, wie der Kaiser sich bis zum letzten Augenblick gegen die Anordnung der Mobilmachung gesträubt hat.

Der Kaiserprozeß

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Haag, 17. Juli.

Aus Paris verlautet: Die Entscheidung über den Kaiserprozeß wird binnen kurzem fallen. Am heutigen Donnerstag tritt die Kommission für Kriegsverantwortlichkeit zur Besprechung dieser Frage zusammen. Da werden auch die Antworten auf die Briefe Bethmann Hollwegs, Hindenburgs usw. feststehen.

Basel, 17. Juli.

Wie aus Paris berichtet wird, wurde die Auslieferungsfrage am Montag im Kammerausschuß besprochen. Renaudel fragte offiziell an, mit welchem Recht die Alliierten die Auslieferung der deutschen Generale und Politiker begründen und welche Gegenrechte Deutschland eingeräumt würden. In Abwesenheit Clemenceaus erwiderte Abrami: Die juristische Berechtigung leite Frankreich mit den übrigen alliierten Mächten von dem sittlichen Recht her, Verbrechen gegen Leben und Sicherheit aldann zu sühnen, wenn die Verbrecher Ausländer seien. Frankreich bestehe auf Bestrafung der schuldigen deutschen Generale und Politiker einschließlich des deutschen Kaisers. Lloyd George habe die Intervention hoher Personen in Sachen der Aburteilung des Kaisers abgelehnt. Die Liberalen haben daraufhin ihren Antrag im Unterhaus zurückgezogen. Das Schicksal des Kaisers wird trotz aller Gegenversuche bis zum Herbst in London entschieden sein.

Abstempelung der Wertpapiere

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Köln, 17. Juli.

Auf Grund von Plänen der Reichsregierung zur Erfassung der aus Steuerbesorgnis ins Ausland verbrachten Kapitale verlautet aus zuverlässiger mehrheitssozialistischer Quelle, daß ein Gesetzentwurf vorbereitet ist, nach dem an einem bestimmten Tage die Abstempelung sämtlicher Wertpapiere vorgenommen werden soll. Ohne Stempelung verliert das Papier seine Gültigkeit. Die Besitzer solcher Kapitalien sind demnach gezwungen, ihre Gelder zurückzuschaffen, wenn sie sich vor einer völligen Entwertung der Papiere schützen wollen.

Amerikanische Hilfe

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Haag, 17. Juli.

Aus New-York wird gemeldet, daß die deutschamerikanische Gesellschaft aller Landesteile plant, Deutschland Beistand zu leisten, indem sie Geld und Bedarfsartikel aller Art nach der alten Heimat schickt.

Streik in aller Welt

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Christiania, 17. Juli.

Die kommunalen Arbeiter in Christiania wollen am Sonnabend abend in den Streik eintreten. Der Ausstand wird u. a. auch die Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke umfassen. Die Arbeiter halten als Minimalforderung die Einführung des Achtstundentages und Festsetzung von Mindestlöhnen aufgestellt.

Basel, 17. Juli.

Wie die hiesigen Blätter melden, ist die gesamte Dampfschiffahrt auf dem Vierwaldstättersee seit Donnerstag stillgelegt, da das Fahrpersonal infolge von Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten ist.

Allgemeiner Landarbeiterstreik

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Weimar, 17. Juli.

Wie mitgeteilt wird, ist zum 4. August ein allgemeiner Landarbeiterstreik geplant.

Berlin, 17. Juli.

Neuesten Nachrichten aus Mitteldeutschland zufolge ist ein Wachsen der Streikbewegung auch in der Gegend außerhalb Sachsens bemerkbar.

Weimar, 17. Juli.

Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei haben in der Nationalversammlung Interpellationen eingebracht, in denen angefragt wird, welche Maßnahmen die Regierung zu treffen gedenkt, um die verheerende Wirkung der Erntestreiks zu verhindern.

Berlin, 17. Juli.

Von zuständiger Stelle wird dem W. T. B. mitgeteilt:

Im Hinblick auf die gegenwärtigen Lohnbewegungen dürfte es interessant sein, an eine Verfügung der preußischen Regierung vom 2. Januar 1919 zu erinnern, als die Vertreter der U. S. P. D. noch im preußischen Kabinett saßen. In dieser heißt es unter anderem:

„Die Lohnbewegung unter der Arbeiterschaft hat in letzter Zeit nach Art und Umfang eine Entwicklung angenommen, die das Schlimmste befürchten läßt und weite Gebiete der Gütererzeugung zum Erliegen bringen muß. Es wird deshalb zur gebieterischen Pflicht der Staatsregierung, einem Anwachsen der Lohnausgaben über das Maß des Erträglichen hinaus mit Festigkeit entgegenzutreten."

Im Anschluß daran ist auf die Ausführungen des unabhängigen Stadtverordneten Zubeil in der Berliner Stadtverordnetenversammlung vom 12. Juli 1919 hinzuweisen, in denen er erklärte, daß mit der grenzenlosen Bewilligung von Zulagen an einzelne Beamtenkategorien Schluß gemacht werden müsse.

Stettin, 17. Juli.

Der Bürgerstreik zur Abwehr des Generalstreiks der Arbeiterschaft hat heute begonnen. Die meisten Läden, auch die Lebensmittelgeschäfte und Kontore, sind geschlossen, ebenso sämtliche Apotheken und die Volksküchen. Auch die Aerzte verweigern die Hilfeleistung. Das Elektrizitätswerk ist in Betrieb. Dagegen gibt es weder Gas noch Leitungswasser. Die Straßenpumpen sind meist bereits leer. Der Eisenbahnverkehr geht bis jetzt noch weiter. Auch die Postbeamten tun Dienst. Der Dampferverkehr nach den Seebädern mußte bereits gestern trotz der Arbeitswilligkeit der Schiffsbesatzungen eingestellt werden, da die Streikenden die Abfahrt der Dampfer gewaltsam zu verhindern drohten. Für heute abend 6 Uhr werden die Arbeiter und Angestellten vom Streikkomitee durch Flugblätter zu Verhandlungen nach verschiedenen Lokalen der Stadt berufen. Gesprochen wird über das Thema: Grund und Ziel des Generalstreiks.

Wie sieht's in Bulgarien aus?

Darauf erteilen die soeben von der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft herausgegebenen Mitteilungen genaue Auskunft. Wir entnehmen daraus, daß die Ententemächte alles aufbieten, um die Mittelmächte in wirtschaftlicher Hinsicht zu verdrängen; hierbei wird Italien eine besondere Rolle spielen, dessen Gegensatz zu den Jugo-Slaven sich lebhaft bemerkbar macht. Wenn auch die Blockade über Bulgarien aufgehoben wurde, so spürt man davon bisher wenig. Serbische und kroatische Handelshäuser suchten direkt und indirekt Beziehungen anzuknüpfen, was ihnen jedoch bisher nicht gelang, hauptsächlich auf Betreiben der Franzosen, die auf große Tabakvorräte, namentlich in Philippopel, wo die größten Tabaklager vorhanden sind, Beschlag gelegt haben, hierdurch deutsche Interessen empfindlich schädigend. In wirtschaftlicher Hinsicht stockt alles, es findet keine Aus- und Einfuhr statt, bei vollständiger Post- und Geldabsperrung von ganz Europa. Die Teuerung ist unerträglich geworden, die Preise steigen fortgesetzt und haben vielfach eine unsinnige Höhe erreicht. Auf eine nennenswerte Gestreideausfuhr nach Friedensschluß ist wenig Hoffnung zu setzen, da der bekanntlich sehr konservative bulgarische Bauer nach hier verhältnismäßig schlechten Ernten während der Kriegszeit nichts oder nur wenig verkaufen wird, bevor er nicht seine leeren Speicher wieder gefüllt und sich eine Reserve für eventuelle Mißernten geschaffen hat, wie er dies von seinen Vorfahren her gewohnt ist. Für die Ausfuhr bleiben dann in erster Linie übrig Tabak, Mohn, Anis, Eier, Häute, Felle, Rosenöl. Bessere Aussichten bestehen für die Einfuhr, zumal der Bauer durch den großen Nutzen, den ihm der Verkauf seiner sämtlichen Erzeugnisse in den letzten Jahren brachte, gelernt hat, auch Geld auszugeben. Im ganzen Lande macht sich noch stehen schweren Kriegsjahren das Bedürfnis nach Ruhe und Frieden deutlich bemerkbar. Man ist der Politik und des politischen Haders völlig überdrüssig geworden. Die gebildeten Kreise in Sofia und den größeren Städten fühlen schwer die geistige Absperrung vom westlichen Europa; sie sehnen die Aufnahme der kulturellen Beziehungen mit Deutschland, mit dem sie bis zum Abfall Bulgariens — den sie noch immer schmerzlich empfinden — in regem literarischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Verkehr gestanden, sehr herbei, zumal sich die Vertreter der Ententemächte, besonders die französischen Offiziere, seiner Beliebtheit erfreuen. Gute Kenner des Landes sehen mit Vertrauen in seine Zukunft, denn bei dem arbeitsamen und energischen, nüchternen und strebsamen Volk wird sich die Landwirtschaft als Grundlage des ganzen Staates bald wieder emporarbeiten und dann wichtige Exportartikel schaffen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907181-12/fragment/page=0001

Religion und Religionsgesellschaften

Nationalversammlung

(Fortsetzung der Vormittagssitzung.)

Die Artikel 122 bis 127 werden nach der Vorlage bezw. in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Artikel 127 regelt die Anstellung der Beamten.

Artikel 128 bestimmt, daß die Beamten Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei seien, und daß ihnen die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und Vereinigungsfreiheit gewährleistet werde. Dazu liegt außer Anträgen, die die getroffenen Bestimmungen teilweise schärfer fassen, ein Antrag Frau Juchacz vor: die Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt.

Ein Antrag Burlage (Ztr.) will Artikel 128 a folgendermaßen fassen: Verletzt ein Beamter in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortung grundsätzlich das Reich, die Länder, die Gemeinden oder anderen Kommunalverbände, in deren Dienst der Beamte steht. Der Rückgriff gegen die Beamten bleibt vorbehalten.

Abg. Delius (Dem.): Die Beamten werden sehen, daß die Nationalversammlung sich ihrer annimmt, da wir ihren Rechten nicht weniger als drei Artikel widmen.

Abg. Steinkopf (Soz.): Grundsätzlich wollen wir die Rechte der Beamten, soweit als möglich, feststellen. Die Regelung bleibt im einzelnen aber dem Gesetz überlassen.

Regierungskommissar Dr. Preuß: Das Beamtengesetz ist in die Verfassung aufgenommen worden, weil damals das abenteuerliche Gerücht ging, daß die Berufsbeamtenschaft beseitigt und alle Beamte auf Kündigung angestellt werden sollten. Alle Einzelbestimmungen gehören aber in das Beamtenrecht hinein. Die Frage der Personalakten kann nicht ohne eingehende Erörterung durch einen solchen Antrag entschieden werden. Die Anwendung der Vorschriften würde bei den Arbeiter- und Angestelltenräten und auch bei den Beamten Unsicherheit schaffen. Die Frage ist politisch zu wichtig, um en passant angeschnitten zu werden. Auch die Frage der Haftpflicht für Amtspflichtverletzungen kann dem Beamtengesetz überlassen werden. Dabei soll diese Frage im Sinne der Anträge erledigt werden.

Vizepräsident Haußmann bittet die Redner, sich kurz zu fassen, da in den nächsten Tagen über eine große Beamtenpetition verhandelt werden würde.

Abg. Allekotte (Ztr.) bemerkt, daß die Beamtenverbände entschieden gegen die Anwendung der Bestimmungen über die Arbeiterräte auf die Beamtenschaft seien.

Abg. Degierk (Deutschnational): Die Gerüchte waren nicht so abenteuerlich, sondern es hieß, die Volksbeauftragten wollten die berufsmäßigen Beamten abschaffen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Bestimmungen über die Betriebsräte sind noch so unklar, daß sie auf die Beamtenverhältnisse sicher anzuwenden sind. Wir lehnen sämtliche Anträge ab.

Abg. Dr. Wolf (D. Vpt.): Bedenken habe ich gegen die Bestimmung über die Entlassung der Beamten unter gewissen Voraussetzungen. Denn die lebenslängliche Anstellung gehört zu den wohl erworbenen Rechten der Beamten.

Abg. Dr. Cohn (U. S.) begründet einen Antrag seiner Partei auf Beamtenwahl.

Nach weiterer Debatte wird der Antrag Cohn, die Beamten durch Wahl zu berufen, abgelehnt. Außer anderen mehr formalen Aenderungen wird der Antrag Juchacz, die Ausnahmebestimmungen für weibliche Beamte zu beseitigen, angenommen. Desgleichen die Bestimmung, daß den Beamten die Einsicht in ihren Personalnachweis zu gewähren ist.

Artikel 128 a wird in der Fassung des Antrages Burlage angenommen.

Eine Entschließung des Ausschusses, die Rechte der Reichstagsbeamten gesetzlich zu regeln, wird angenommen.

Um ½2 Uhr wird die Sitzung auf ¼4 Uhr vertagt.

Nachmittagssitzung

Um 3¾ Uhr wird die Sitzung vom Vizepräsidenten Haußmann wieder eröffnet.

Schriftführer Abg. Pfeiffer (Ztr.) verliest ein Telegramm des Präsidenten der Deputiertenkammer der argentinischen Republik, in dem die argentinische Deputiertenkammer der Nationalversammlung einstimmig ihre Freude ausspricht über die Unterzeichnung des Friedens von Versailles, auf den die Welt gewartet habe, und mit dem die Nationalversammlung den Forderungen der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit Rechnung getragen habe. (Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident Haußmann dankt für die Gesinnung, die in dem Telegramm für unser Land zum Ausdruck gebracht wird, und bemerkt, der Präsident werde das Weitere veranlassen.

Hierauf wird die Beratung der Verfassung fortgesetzt, und zwar mit dem dritten Abschnitt, der Grundrechte, Religion und Religionsgesellschaften.

Abg. Dr. Mausbach (Ztr.) berichtet eingehend über die Beratungen des Ausschusses.

Auf Antrag des Abg. Koch (Dem.) wird die Beratung über den ganzen Abschnitt, Artikel 132—138, zusammengefaßt.

Der Abschnitt behandelt die Glaubensfreiheit, 132, die Freiheit der Religionsübung, 133, die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften, 134, die Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften, 135, den Schutz der Sonn- und Feiertage als Tage der Arbeitsruhe, 136, die Erfüllung der religiösen Pflichten durch die Angehörigen der Wehrmacht, 137, und die Zwanglosigkeit bei der Vornahme religiöser Handlungen, 138.

Zu dem Artikel 134 beantragen die Unabhängigen die staatsrechtliche und vermögensrechtliche Trennung von Staat und Kirche, zum Glaubensartikel beantragen die Sozialdemokraten, daß die Rechte der Mitglieder von Religionsgesellschaften nicht von geldwerten Leistungen abhängig gemacht werden könne, zum Artikel 135 verlangt ein Antrag Heinze und Genossen (D. Vpt.) die Ablösung der auf Herkommen beruhenden Staatsleistungen.

Abg. Dr. Kahl (D. Vpt.) begründet den Antrag seiner Partei, daß nicht nur die auf Gesetz, Vertrag oder besonderem Rechtstitel, sondern auch die auf Herkommen beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften durch Landesgesetzgebung abgelöst werden.

Abg. Dr. Quarck (Soz.) bedauert, daß es den Sozialdemokraten infolge der Gegnerschaft sämtlicher bürgerlichen Parteien nicht gelungen ist, die staatliche Glaubensherrschaft durch eine innerliche Glaubensgemeinschaft abzulösen. Wir bedauern das Steckenbleiben der Trennungsarbeit. (Beifall.)

Abg. Dr. Naumann (Dem.): Für die evangelische Kirche bedeutet diese Fassung eine neue Zeit, die unmittelbar an das Geburtsjahr der lutherischen Reformation anknüpft, nämlich Loslösung und Befreiung des religiösen Lebens. Der neue innerkirchliche und religiöse Martikularismus bringt neues Leben, aber auch neue Arbeit. Dieses neue Leben braucht keine Vorrechte für die Kirche. Wir müssen den Religionsgesellschaften aus praktischen Gründen die Rechte der öffentlich-rechtlichen Körperschaften geben. Das muß auch von den kleinen Religionsgemeinschaften und Sekten gelten.

Reichskommissar Dr. Preuß bestätigt die Auffassung des Abgeordneten Naumann hinsichtlich der kleinen Religionsgesellschaften und Sekten.

Abg. Gröber (Ztr.): Mehrere Bundesstaaten besteuern bereits die Aktiengesellschaften zu Gunsten der Kirche. Die Nationalversammlung hat keine Veranlassung, die Landesgesetzgebung zu entfesseln.

Abg. Beidt (Dn.): Die Abschaffung der Staatskirche ist ein weltgeschichtliches Ereignis; ob aber auch ein freudiges, bleibt eine Frage. Sie schafft ganz neues Recht mit unübersehbarer Tragweite. Trotz der wenigen Ausnahmen, die angeführt werden können, hatten die Geistlichen Meinungsfreiheit, wie kein anderer Stand.

Abg. Kunert (U. S.): Wir verlangen, daß die Trennung von Kirche und Staat restlos durchgeführt wird.

Abg. Ende (Dem.): Das Ziel absoluter Gleichberechtigung und freiesten Wettbewerbs zwischen den verschiedenen Religionsgesellschaften ist durch die Vorlage nicht erreicht worden.

Abg. Dr. Mausbach (Ztr.) polemisiert gegen den Abgeordneten Dr. Quarck und weist namentlich dessen Bedenken gegen die Bestimmung zurück, wonach nur solche Religionsgesellschaften Körperschaften des öffentlichen Rechts werden können, die durch die Zeit ihres Bestehens und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten.

Abg. Dr. Düringer (Dschnatl.) bemerkt, daß seine Partei für die Freiheit der religiösen Eidesformel nur unter dem Vorbehalt stimmen könne, daß bis zur dritten Lesung aus praktischen Gründen des Gerichtsverfahrens eine Uebergangsbestimmung gefunden werde.

In der Abstimmung wird auf Antrag Kahl in Artikel 132 nur die Glaubens- und Gewissensfreiheit festgestellt, die Gedankenfreiheit aber ausgelassen. Der Antrag der Unabhängigen auf vollständige Trennung von Staat und Kirche wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die Frage der Religionsgesellschaften wird dahin entschieden, daß die Religionsgesellschaften Körperschaften des öffentlichen Rechtes bleiben, soweit sie solche bisher waren, und (gemäß dem Antrage Koch, Dem., Naumann, Dem.) anderen Religionsgesellschaften gleiche Rechte zu gewähren sind, wenn sie durch die Zeit ihres Bestehens und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten.

Mit geringer Mehrheit wird der Antrag der Deutschnationalen angenommen, daß bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes die bisherigen Staatsleistungen bestehen bleiben. Im übrigen werden die einzelnen Bestimmungen dieses Abschlusses unter Ablehnung aller anderen Anträge gemäß den Ausschußbeschlüssen angenommen.

Gegen ⅛8 Uhr vertagt das Haus die weitere Beratung auf Freitag 9½ Uhr; außerdem Anträge und Interpellationen über den Landarbeiterstreik.

Der Landarbeiterstreik im Preußenparlament

Berlin, 17. Juli.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Das Gesetz zur Milderung der Warenhaussteuergesetze wird angenommen.

Es folgen förmliche Anfragen über den Landarbeiterstreik und das Koalitionsrecht der Landarbeiter.

Abg. Koch (Deutschnational): Der Landarbeiterstreik hat schnell um sich gegriffen und droht sich zu einer Machtprobe auszuwachsen. Er redet eine deutsche Sprache und zeigt uns, daß seit dem 9. November der Staatswagen unaufhaltsam weiter dem Abgrund zurollt. Eine seltsame Rolle spielt dabei der Landwirtschaftsminister mit seiner sonderbaren Auslassung, die gestern abend veröffentlicht worden ist. Nach dem Niederbruch von Handel und Industrie ist unsere Landwirtschaft als einzige Stütze unseres Wirtschaftslebens verblieben. Wir haben sie so nötig wie das tägliche Brot. Im Kriege hat die Landwirtschaft, obwohl sie mit Zwangsmaßregeln überbürdet wurde, in allem ihre Pflicht getan. Um so ernster ist für die Allgemeinheit der gegenwärtige Zustand. Die Revolution ist erst später von der Stadt in das platte Land hinausgetragen worden. Man hat dort dann erkannt, daß sich aus der Revolution etwas machen läßt, daß man dabei etwas gewinnen kann. Man will die Konjunktur ausnützen. Neben der Auffassung, daß mit dem großen Kladderadatsch alles schöner und besser wird, läuft die andere der spartakistischen Bewegung, die in ostensichtlichen Plänen erkennbar wird,

daß das Wirtschaftsleben in Deutschland

überhaupt nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen (Sehr richtig! rechts), sondern immer wieder durch die Lähmung lebenswichtiger Betriebe zu erschüttern. Das hat man zuerst bei der Eisenbahn und jetzt bei den Landarbeitern versucht. Man will eben das wirtschaftliche Leben zugrunde richten und dadurch Boden für eine neue, von gewisser Seite so sehr erwünschte Revolution zu erhalten. Das hat auch der „Vorwärts" schon geschrieben. Desgleichen hat das „Berliner Tageblatt" Beweise dafür abgedruckt. Nach weiteren Meldungen sind es in der Hauptsache lose Elemente, die die Bewegung unter den Landarbeitern führen. Wir müssen dafür sorgen, daß die Landwirtschaft nicht vor die Hunde geht. Darum muß dieser Streik verhindert werden. Das ist nur möglich, wenn die Regierung Festigkeit zeigt. Jetzt bewegwaltigen terroristische Minderheiten die Mehrheit. Die Regierung muß entschieden gegen die spartakistische Hetze vorgehen.

Abg. Schmidt-Köpenick (Soz.): Die Rechte hat es so weit gebracht, daß die Gefahr eines Landarbeiterstreiks droht. Jetzt macht sie Stimmung gegen die Landarbeiter, um ihnen das Koalitionsrecht zu rauben. Die ganze Hetze rührt vom pommerschen Landbund her. Von Spartakismus auf dem Lande kann keine Rede sein. Würden wir eine Politik im Sinne der Agrarier führen, dann würde er bald Boden fassen. Sorgen Sie endlich dafür, daß es zu einer Verständigung kommt.

Abg. Meerhof (U. S.): Ich habe bisher gesunden, daß gerade die ärgsten Wucherer und Schinder am lautesten über den Terror der Spartakisten und Kommunisten herzieheu. Wie ist es möglich, daß auch jetzt diese Diktatur der Gewalt bevorsteht?

Landwirtschaftsminister Braun: Es versteht sich von selbst, daß die Regierung alles getan hat, der Gefahr eines Streiks der Landarbeiter vorzubeugen. Die Lohnverhältnisse auf dem Lande sind noch am rückständigsten. Dieser Umstand wird jetzt von einzelnen Kommunisten ausgenutzt, um die Landarbeiter zu Streiks geneigt zu machen. Gegen diese Elemente, die an die Stelle der Demokratie und des wahren Sozialismus den rohen Handgranaten-Sozialismus setzen wollen, wird mit allen Mitteln eingeschritten werden. Wir werden die berechtigten Wünsche der Landarbeiter erfüllen. Ihre wirtschaftliche Lage muß von Grund aus umgestaltet werden. Ich habe einen besonderen Referenten bestellt für die landwirtschaftlichen Arbeitersachen. Es ist eine Verleumdung, daß der Landarbeiterverband den Streik geschürt habe. Im Gegenteil, seine Funktionäre haben mich in wirksamster Weise unterstützt. Der pommersche Landbund hat

das Zustandekommen von Tarifverträgen

verhindert. Ja, es ist ihm gelungen, für seine illoyalen Machenschaften sogar militärische Stellen einzufangen. (Als der Minister davon spricht, daß er sich genötigt gesehen habe, Haussuchungen zu veranlassen, wird ihm das Recht hierzu in stürmischer Weise von der Rechten bestritten.) Das gemeingefährliche Treiben des Landbundes hat hauptsächlich den Streik herbeigeführt. Den Regierungskommissar Regierungsrat Dr. Grimm hat man durch Fahlung von der Erfüllung seiner Pflicht abwendig machen wollen, und als er solche Versuche abwies, hat man ihn verleumdet, er habe den Streik geschürt. Ein Mitglied dieses Hauses, Herr von der Osten, hat diese Unwahrheit weiter gegeben. (Große Unruhe rechts.) Es ist unerhört, daß ein Mann, der im öffentlichen Leben steht, sich nicht entblödet, solche Unwahrheiten gegen einen pflichttreuen Beamten zu verbreiten. (Lärm rechts.) Als der Belagerungszustand verhängt wurde, habe ich sofort ersucht, ihn wieder aufzuheben, weil ich daraus nur eine weitere Ausdehnung des Streiks befürchtete. Wenn die militärischen Stellen in der gleichen Weise weiter in Wirtschaftsfragen eingreifen, dann lehne ich jede Verantwortung für die Folgen ab. Ich hoffe, daß es gelingen wird, überall in Pommern landwirtschaftliche Spruchkammern zu schaffen und ähnliche Konflikte für die Zukunft auszuschalten. Wir können es nicht dulden, daß die bolschewistischen Elemente von rechts den Frieden untergraben. (Großer Lärm rechts.) Ich habe mich seit Jahrzehnten der Landarbeiter angenommen, und ich muß Ihnen zurufen: Der Streik ist das allerletzte Mittel, und jetzt wäre der Erntestreik ein Wahnsinn oder ein Verbrechen. (Sehr richtig!) Die Ernte muß ordnungsgemäß hereingebracht werden. Nur so kann unser unglückliches Vaterland vor völligem Untergang bewahrt werden. (Stürmischer Beifall links.)

Ein Antrag Adolf Hoffmann, die gestern begonnene Beschränkung der Redezeit wieder aufzuheben, wird gegen die Stimmen der Rechten und Unabhängigen abgelehnt und ein Vorschlag des Vizepräsidenten angenommen, für diesen Gegenstand die Redezeit auf eine halbe Stunde zu beschränken.

Abg. von der Osten (Deutschnational): Meine Zeugen (der Redner verliest die Namen) haben sich bereit erklärt, ihre Aussagen betreffs des Herrn Dr. Grimm vor Gericht eidlich zu erhärten. (Hört! Hört! rechts.) Ich durfte mich also wohl für berechtigt halten, diese Bekundungen als Tatsache hinzunehmen. Der Kommissar hat hiernach zwar vor kleinen örtlichen Streiks gewarnt, aber den allgemeinen Generalstreik empfohlen. Er sagte, nur durch ihn sei etwas zu erreichen, und wenn es beim ersten Male nicht glücken sollte, dann sollten es die Landarbeiter ein zweites und drittes Mal versuchen. (Hört! Hört! rechts.) Wir stehen den Organisationsbestrebungen der Landarbeiter durchaus wohlwollend gegenüber. (Lachen links.) Die erste Regierungsstelle von Pommern hat leider keine Haltung gezeigt, die dem Ernst der Zeit entspricht. (Beifall rechts.)

Abg. Schaper (Soz.): Die spartakistischen Unruhen kommen von den Gutsbesitzern selbst her. Sie geben das Geld daau. (Lachen rechts.) Der Eingang der Ernte ist sicher, wenn der Belagerungszustand ein Ende findet und die Grundrechte des Arbeiters unangetastet bleiben. (Beifall links.)

Kriegsminister Reinhardt: Die militärische Hilfe wurde angerufen vom Regierungspräsidenten in Stralsund oder seinem Stellvertreter. Darauf wurde der Belagerungszustand verhängt. Das Generalkommando hat sofort an das Staatsministerium berichtet, und dieses hat zwei Kommissare nach Pommern gesandt, die die Entscheidung darüber haben, ob und inwieweit die militärischen Maßregeln aufrechtzuerhalten sind.

Minister Braun: Herr von der Osten hat meine Feststellung nicht im geringsten erschüttert. Die von ihm genannten Zeugen sind gar nicht in der Versammlung gewesen, in der Dr. Grimm die ihm zugeschriebenen Aeußerungen getan haben soll. Es ist Sorge zu tragen, daß die Sache vor Gericht vollständige Klarheit finden wird. Unwahr ist auch die von ihm verbreitete Behauptung, ich hätte mich der Deutschnationalen Volkspartei als Sekretär angeboten. Ich bin seit 1914 Sozialdemokrat.

Abg. Westermann (Dem.): Ehe so einschneidende Maßnahmen, wie die Verhängung des Belagerungszustandes, getroffen werden, sollten sich die militärischen Behörden mit den Zivilbehörden ins Benehmen setzen.

Schluß 6 Uhr.

Ungarns Brudergruß an die Proletarier

Budapest, 17. Juli.

Wie das Ungarische Tel.-Korr.-Büro meldet, richtete die ungarländische sozialistische Räterepublik einen Aufruf an die Proletarier aller Länder, an dessen Schluß es heißt:

„Mit herzlichen Brüderworten wenden wir uns an Euch, Ihr Revolutionärenden. Zur Demonstration und zum Generalstreik rüsteten Proletarier Italiens, Frankreichs, Englands und Hollands, Schwedens, der Schweiz und Oesterreichs. Wandelt die Solidarität mit uns und mit unserer russischen Schwesterrepublik aus einer festlichen Manifestation in die Aktion des Alltags und schüttelt ab das Joch des Kapitalismus. Entfaltet die Fahne der zerstörenden und aufbauenden Revolution. Den Krieg, den die imperialistischen Räuber nicht beenden können, kehrt um in den Klassenkrieg der Besitzlosen gegen die Besitzenden. Lasset eure Rebellion weder durch Gewalt noch mit schönen Reden ersticken. Es gibt nur einen Ausweg aus den Folgen des fünfjährigen Krieges, die soziale Weltrevolution."

Diese Hetze der Ungarn ist die „ultima ratio". Denn die ungarische Räterepublik weiß keinen anderen Ausweg, sich aus der Umklammerung der Entente zu retten.

Eine Bitte Hindenburgs

Hannover, 17. Juli.

Generalfeldmarschall von Hindenburg bittet um Verbreitung folgender Kundgebung:

„Ich erhalte täglich zahlreiche Briefe und Telegramme. So sehr mich diese Beweise des Vertrauens und gütigen Gedenkens erfreuen, ebenso wenig bin ich hoch in der Lage, sie einzeln zu beantworten. Dieserhalb um Entschuldigung bittend, muß ich mich darauf beschränken, hiermit ein für allemal meinen herzlichsten Dank allgemein auszusprechen.

Hannover, 15. Juli 1919. von Hindenburg."

Oesterreichs Lebensmittelnot

Paris, 17. Juli.

Diplomatischer Lagebericht. Der oberste Rat der Alliierten hörte Benjelos an, der über die Besetzung von Aidin berichtete. Die österreichische Delegation übermittelte zwei Noten. Die erste verlangt die Versorgung Oesterreichs, die Mitte Juli zu Ende gehen sollte, bis Ende September. Die zweite macht Bemerkungen über die Schiffahrts- und Luftschiffahrtsklauseln des Friedensvertrages. Die deutsche Delegation sandte eine Note, in der sie fragt, welches die Aufgaben der alliierten Kommissare sein sollen, die in Memel gelandet sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907181-12/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 18 Juli.

Sitzung des Haushaltsausschusses

Der Haushaltsausschuß beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung zunächst mit der Gehaltsregulierung für den Leiter der Rechtsauskunftsstelle, der bisher ein jährliches Gehalt von 2400 Mark bezog. Vom 1. April 1920 an wird dieses Amt dem Arbeitersekretär Kleeis mit einem Grundgehalt von 3600 Mark, das von drei Jahren zu drei Jahren bis auf 4200 Mark steigt, übertragen. Der Antrag, diese Stelle in eine Obersekretärstelle umzuwandeln, wurde abgelehnt. Zur Beschaffung von Gasmessern, deren 1000 Stück erforderlich sind, werden 80 000 Mark benötigt; zur Verfügung stehen nur 30 000 Mark. Es wurde beschlossen, den Rest dem Reservefonds des Gaswerkes zu entnehmen. Alsdann wurde über die Ausführung eines neuen Wasserdruckrohres von Beesen bis zum Behälter in der Turmstraße beraten. Das Projekt war bereits 1916 bewilligt und auch in Angriff genommen worden. Die Fertigstellung der Anlage erfordert heute 480 000 Mark. Da nur 95 000 Mark zur Verfügung stehen, so wurden die fehlenden 385 000 Mark nachbewilligt, und zwar sollen sie vorschußweise aus der Anleihe von 1919 genommen werden. Der Etat des Elektrizitätswerkes wurde genehmigt. Es wurde bei dieser Gelegenheit auch die Frage des Zusammenschlusses mit anderen Werken innerhalb der Provinz angeschnitten, nach längerer Debatte aber abgelehnt. Der Haushaltsplan des Straßenreinigungswesens, der einen Gesamtzuschuß von 670 260 Mark erfordert, wurde angenommen.

Für das Stadttheater, d. h. für die 7 Monate städtischer Regie, ist ein Zuschuß von 187 000 Mark notwendig. Dazu kommen noch 105 000 Mark für Aufbesserung der Gehälter, die für jedes Bühnenmitglied ohne das Orchester monatlich 100 Mark beträgt. Diesen weiteren Zuschuß wird eine spätere Vorlage behandeln. Die Etats der Gewerblichen und Kaufmännischen Fortbildungsschule, der Handwerker- und Kunstgewerbeschule, sowie der Handels- und Gewerbeschule für Mädchen wurden genehmigt. Es erfolgte nunmehr die Beratung der Staats- und Provinzialangelegenheiten, die einen Gesamtzuschuß von 901 660 Mark, das sind 126 450 Mark mehr als im Vorjahre, erfordern. Bei der Erledigung des Kapitels Oeffentliche Gesundheitspflege wurde beschlossen, vier Säuglingsfürsorgeschwestern anzustellen. Die Etats des Museums, Stadtkrankenhauses, der Desinfektionsanstalt, sowie des Nahrungsmittel- und Ernährungsamtes, das einen um 1620 Mark geringeren Zuschuß als im Vorjahre benötigt, wurden genehmigt. Der Haushaltsplan des Stadtbades schließt in Einnahme und Ausgabe mit 205 500 Mark ab. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß Verzinsung und Amortisation des Gebäudes durch die Einnahmen nicht gedeckt sind. Sonstige Aufwendungen für die öffentliche Gesundheitspflege erfordern einen Zuschuß von 54 470 Mark, gegen das Vorjahr 19 500 Mark mehr.

Eine Entschließung der Konferenz deutscher Universitätsrektoren

Die in Halle tagende Konferenz deutscher Universitätsrektoren hat folgende Entschließung zugunsten der Universität Straßburg gefaßt:

„Die in Halle versammelte Konferenz der Rektoren der deutschen Universitäten und Hochschulen spricht der Reichsregierung, den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten sowie den Universitäten, zumal der zu Freiburg i. B., ihren warmen Dank aus für die schnellbereite tatkräftige Hilfe, die den von brutaler nationaler Intoleranz vertriebenen Straßburger Professoren, Dozenten und Studenten zuteil geworden ist. Die Rektoren-Konferenz drückt aber auch die Erwartung aus, daß sowohl die Ministerien als auch die Fakultäten und die einzelnen Professoren alles tun werden, was in ihrer Macht steht, um die aus ihren Aemtern gedrängten Straßburger Kollegen in gleichwertigen Stellen wieder unterzubringen. Endlich erklärt es die Rektoren-Konferenz für eine Ehrenpflicht, den aus Elsaß-Lothringen stammenden deutschen Studenten, die ihr Deutschtum zu behaupten inneren Antrieb und Mut finden, jetzt wie auch in der Zukunft an deutschen Universitäten tunlichst die Wege zu ebnen.

Wie in dem Jahre 1871 die akademischen Kreise Deutschlands es als eine heilige Pflicht empfanden, die deutsche Universität Straßburg zu einem stolzen Bollwerk des deutschen Geistes auszubauen, so soll auch jetzt, da dieses Bollwerk zerstört wird, es als nationale Ehrenpflicht gelten, allen denen, die es bis zum letzten tapfer gehalten haben, eine ihrer Bedeutung entsprechende Stellung zu verschaffen."

Der nächste Streik!

Am Mittwoch tagte im „Volkspark" eine Versammlung der Betriebsvertrauensleute der U. S. P., die zu dem am 21. Juli stattfindenden internationalen Proteststreik Stellung nahm. Die Versammlung faßte den Beschluß, die Arbeit am Montag, den 21. Juli, auf 24 Stunden ruhen zu lassen. Das Gewerkschaftskartell, das zur gleichen Zeit seine Vollversammlung abhielt, schloß sich diesem Beschluß an mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß alle Gewerkschaften für die Durchführung der Arbeitsruhe zu wirken haben. Die Frauen sollen, wie das „Volksblatt" schreibt, aufgefordert werden, ihren Bedarf an Lebensmitteln und sonstigen Einkäufen am Sonnabend zu decken, damit auch die Geschäftswelt an dem internationalen Kampftage teilnehmen kann.

Was zahlt man heute?

In Berlin werden im Schleichhandel halbe ausgeschnittene Leder-Damenschuhe, die noch vor wenigen Wochen unter 100 bis 120 Mark nicht zu haben waren, für 65 M. angeboten. — Den Preissturz in Sachsen-Altenburg zeigt der folgende Vergleich: Es kosten 1 Pfund: Kaffee jetzt 15—16 M., früher bis 40 Mark; Pfeffer jetzt 24—25 M., früher 40—50 M.; Kakao jetzt 18—20 M., früher 40 M.; Schokolade jetzt 12—15 M., früher 36—40 M.; Butter jetzt 16—18 M., früher bis 40 M.; Kernseife jetzt 8—10 M., früher bis 18 M. — Anzugstoffe pro Meter früher bis 150 M., jetzt 120 M. Stiefel jetzt bis 100 M., früher bis 150 M.

In Stuttgart wird verkauft: Im freien Handel: Schokolade zu 25 M., schwarzer Tee 33 M., Milchobst 5,50 M., belg. Zichorie 1,10 M., Reis mit Julienne 3,40 M., Feigen 5 M. das Pfund. Butter kostet im Schleichhandel immer noch 10—16 M. das Pfund. Kirschen kosten 1—1,20 M. pro Pfund und sind in jeder Menge zu haben, Johannisbeeren 80 Pf., Stachelbeeren 70 Pf., Himbeeren 1,50 M., Heidelbeeren 1 M. pro Pfund, Tomaten 3,50 M., grüne Bohnen 2,50 M. pro Pfund, große Heringe 65 Pf. das Stück, Kaffee ist von 19 M. auf 12 M. gesunken, Marseiller Seife von 16 M. auf 10 M. das Pfund, Sultaninen von 10 M. auf 8 M. Weißer und schwarzer Faden kostet in Reichsware 48 Pf. und ist frei verkäuflich. Glacéer Faden wird zu 1,20 M. pro Rolle verkauft. Lederstiefel und Schuhe gegen Bezugschein kosten 45—70 M. (überall zu haben).

— **Schöffengericht.** Der Elektrotechniker Kurt Wacker hatte einen amtsrichterlichen Strafbefehl über einen Monat Gefängnis wegen Hehlerei erhalten und dagegen Einspruch erhoben, so daß die Sache vor dem Schöffengericht verhandelt werden mußte. Die Beweisaufnahme ergabt folgendes: In dem einen Schaufenster des Angeklagten war ein Telephonkasten (Klappenschrank) der neuesten Bauart ausgestellt worden, der mit einem Stempel der Reichstelegraphenstelle versehen war, wodurch erwiesen war, daß der Apparat in amtlichem Besitze gewesen sein mußte. Ein Beamter, der den Kasten im Schaufenster gesehen und auch den Stempel von draußen deutlich erkannt hatte, bekundete außerdem, daß an dem ausgestellten Apparate ein Anprüfungsschild angebracht war. Infolge der Meldung des Beamten an seine Dienstbehörde wurde der Kasten beschlagnahmt, an diesem beschlagnahmten Kasten fehlte aber der Stempel, so daß der Angeklagte zwei Kasten besessen haben muß, von denen der mit dem Stempel inzwischen verkauft sein dürfte. Er will aber überhaupt nichts von einem Kasten mit Stempel wissen und behauptet, daß seine Frau den Kasten von einem Unbekannten als Pfand erhalten habe. Ein junges Mädchen bekundete als Zeugin, daß eines Tages in ihrer Anwesenheit im Laden ein Mann einen Kasten abgeholt und eine Restzahlung von 12 Mark 50 Pfennig geleistet habe mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß er damit seinen Schuldenrest getilgt habe. Das Gericht verwarf den Einspruch und bestätigte die Strafe von einem Monate Gefängnis wegen Hehlerei.

— **Herstellerhöchstpreis f. Bier.** Gemäß § 2 a der Verordnung zur Abänderung der Verordnung über Bier und verwandte Getränke vom 23. Mai 1919 (Reichsgesetzblatt S. 473) setzt das Reichsernährungsministerium den Herstellerhöchstpreis für unter- und obergärtiges Bier für die in der Stadt Halle gelegenen Bauereien auf 35 Mark für den Hektoliter ohne Steuerzuschlag und 40,50 Mark für den Hektoliter mit Steuerzuschlag fest.

— **Die Verpflegungsverhältnisse in Deutschland** haben sich in den letzten Wochen langsam verbessert; das beste Zeichen dafür ist der Rückgang des Besuches der Mittelstands- und Volksküchen. Eine Reihe deutscher Städte werden deshalb die Zahl der Volksküchen herabsetzen und gehen mit dem Plane um, falls die besseren Ernährungsverhältnisse andauern, das gesamte Volksküchenwesen im Herbst ganz aufzugeben.

— **Rentenzuschläge.** Die Zuständigkeit der nach Abschnitt II der Verordnung der Reichsregierung vom 31. Dezember 1918 (RGBl. 1919 S. 2—4) den Rentenempfängern und Invaliden aus den allgemeinen Militärpensionsfonds zu bewilligenden Rentenzuschläge wird dadurch, daß u. U. Rente oder Pension infolge Ruhens oder Erstattung an den Zivilpensionsfonds gemäß § 86 Abs. 1 Nr. 3 und 4 des Mannsch.-Vers.-Ges. 06 an Versorgungsberechtigte nicht zur Zahlung kommen und auch sonstige Versorgungsgebührnisse — Kriegszulage usw. — nicht zuständig sind, nicht berührt. — Die Rentenzuschläge werden lediglich nach Maßgabe des der Versorgungsberechtigung zugrunde liegenden Erwerbsunfähigkeitsgrades (nicht Dienstzeit) durch die Pensionsregelungsbehörde zahlbar gemacht, in deren Kataster der Empfangsberechtigte zuletzt geführt worden ist. Bei Empfangsberechtigten, deren Rente oder Invalidenpension ruht, fehlt den Pensionsregelungsbehörden eine Kontrolle, besonders darüber, ob die Betreffenden noch am Leben sind usw. Diese Leute müssen sich daher mit einem Antrage, der auch erkennen läßt, aus welcher Kasse die jetzt ruhenden Gebührnisse zum letzten Male gezahlt worden sind, an die für diese Kasse zuständige Pensionsregelungsbehörde — Regierung — wenden. Der Antrag muß gegebenenfalls eine entsprechende Angabe enthalten, wenn der Antragsteller von einem nicht preußischen Truppenteile mit Rente oder Pension entlassen worden ist. Personen, denen lediglich auf Grund von Dienstzeit Versorgungsgebührnisse zuerkannt worden sind, erhalten keine Rentenzuschläge.

— **Wichtig für Grundstücksbesitzer.** Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 22. November 1918 wird von der Polizeiverwaltung zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Gültigkeit der Bauerlaubnisscheine zur Umlegung von Grundstücks-Entwässerungen, die in den Jahren 1915 bis 1918 erteilt worden sind und bei denen die Ausführung bisher unterblieben ist, bis zum 1. August 1920 verlängert wird. Es bedarf daher eines besonderen Antrages zur Verlängerung der Gültigkeit dieser Erlaubnisscheine bis zu dem vorgenannten Zeitpunkt nicht. Eine weitere Verlängerung der Gültigkeit der im Jahre 1914 erteilten Erlaubnisscheine zur Umlegung von Grundstücks-Entwässerungen findet nicht statt. Die Umlegung dieser Entwässerungsanlagen ist nunmehr binnen 3 Monaten auszuführen, widrigenfalls die Gültigkeit der Bauerlaubnisscheine für erloschen erklärt wird.

— **Diebstähle.** In der Nacht zum 16. Juli wurde in ein Grundstück in der Trotzaer Straße eingebrochen. Es wurden Schuhzeug und Wein im Gesamtwerte von 500 Mark gestohlen. — Bei einem Privatmann in der Großen Brauhausstraße wurde in letzter Nacht eingebrochen und Geld und Wertsachen gestohlen. Die Täter sind nicht ermittelt.

gestohlen wurde.

— **Von der Straße.** In der Seebener Straße haben angeblich Kinder in den hohlen Baumstamm einer Linde brennendes Papier gesteckt. Hierdurch geriet das verfaulte trockene Holz in Brand. Von Hinzukommenden wurde das Feuer im Keime erstickt. Die Täter sind nicht ermittelt. — In der Leipziger Straße entgleiste ein Straßenbahnmotorwagen mit Anhängerwagen. Nach 6 Minuten konnte der Betrieb wieder aufgenommen werden.

ii. **Einbruch.** Vorgestern Nacht ist im Gasthof „Zur Grünen Tanne" in Nietleben ein großer Einbruch verübt worden, wobei von den Dieben Räucherwaren, Eingemachtes und Wäsche

Provinz Sachsen

ii. **Burgchemnitz,** 17. Juli. (Die Düber Heide) und andere waldreiche Gebiete mit den darin wachsenden Heidelbeeren werden dies Jahr mehr denn je von Großstädtern aufgesucht. Sie verbinden das Angenehme mit dem Nützlichen und kehren nach Tagesausflügen mit selbst gepflückten Heidelbeeren zurück, die bekanntlich in der Großstadt nur teuer zu haben sind. Minderbemittelte suchen wohl auch wie früher Brom- und Heidelbeerblätter als Teeersatz.

= **Querfurt,** 17. Juli. (Ein Gabelsberger Stenographenverein) ist hier neu gegründet worden. Die Mitgliederzahl des Anfängerkursus beträgt 50. Der Leiter ist staatlich geprüfter Lehrer Spangenberg.

— **Jena,** 17. Juli. (Von der Universität.) Für das Fach der Anatomie habilitiert sich am 19. d. M. in Jena Dr. med. Eduard Jacobshagen, Assistent am anatomischen Institut, mit einer Probevorlesung über „Der anatomische Ausdruck der Vererbung und Anpassung am Verdauungssystem der Wirbeltiere".

Copyright by Carl Duncker 1918. (Nachdruck verboten.)

Das grüne Kuvert

26] Erzählung von Otfried von Hanstein.

„Nur noch eine Frage: Ist das auch der Herr, der den Umschlag mit dem Scheck damals die vierundzwanzig Stunden in Verwahrung hatte?"

„Derselbe. Nanu, Herr Kommissar, Sie denken doch nicht, daß die beiden — nein, das ist vollkommen ausgeschlossen."

„Daran dachte ich auch gar nicht. Mir kamen nur andere Kombinationen. Sie wissen, unsereiner darf nichts außer acht lassen. Aber, nun kommen Sie, wenn ich bitten darf."

Im Vorübergehen warf Schlüter Hanus nochmals einen scharf beobachtenden Blick zu. Dieser stand an seinem Pult und schien zu arbeiten, aber dem Detektiv entging nicht, daß sein Auge über das Buch flüchtig zu ihnen hinüberschielte. Er tat, als merke er gar nichts und folgte Rodewald zu seinem Auto, während Andreas sich tief auf sein Pult neigte, um seine Erregung nicht zu verraten. Der Kommerzienrat hatte Recht. In ihm kämpfte der Schmerz um den Freund und um den Jammer der Schwester mit der Sorge, daß auch seine Ehre unter der Tat Beckers gelitten haben könnte. Sein ganzes Empfinden sträubte sich dagegen, daß Arnold ein Verbrecher sein könne. Aber er wagte es nicht, seiner Ansicht Ausdruck zu geben — er wagte nicht einmal, Arnold gegenüberzutreten, aus Sorge, daß er selbst durch eine Parteinahme für den Beschuldigten seine Stellung schädigen könne, und er wußte, daß diese nur bei dem unbedingten Vertrauen des Chefs denkbar war und daß ihr Verlust zugleich das Ruine von Mutter und Schwester nach sich ziehen mußte.

Und diese ganze Nacht hatte er nicht geschlafen aus Erregung über den Schritt seiner Schwester. Sie war bei Arnold gewesen! Wie war das möglich! Nun, nachdem er ihr sogar von dessen Beziehungen zu Wanda Podieski erzählt.

Jetzt noch hielt sie zu ihm, nahm ganz offen seine Partei, ging abends in das Gerichtsgebäude und setzte es durch, ihn zu sehen! Eigentlich bewunderte er ihren Mut. Eine Stimme in seinem Herzen sagte, daß es seine Pflicht gewesen sei — aber dann wieder kam der Rückschlag. Wie konnte sie nur! Das war unweiblich und gefährlich!

Herrgott, warum hatte er Arnold Becker je ins Haus gebracht!

Inzwischen waren der Kommerzienrat und der Kommissar in Moabit angelangt. Schlüter berichtete dem Untersuchungsrichter kurz, was er am Abend noch in der Sache getan hatte, und inzwischen kam die zum Inspektor hinübergeschickte Ordonnanz zum Richter zurück.

„Ich wollte den Angeschuldigten hierherbringen lassen, aber ich erhalte eben die Meldung, daß er körperlich sehr schlecht befindet. Vielleicht gehen Sie mit dem Herrn Kommissar hinüber."

Die Nacht hatte auf Arnold furchtbar gewirkt. Das Morphiumpulver wirkte nur wenige Stunden, und dann war sein Geist um so erregter, je mehr er noch von unklaren Phantasien durchsetzt war. Bald glaubte er Gretchen vor sich zu sehen, dann dachte er wieder nach. Alles war doch ganz logisch und richtig — bis auf den Film. Auch ihm fiel ein, daß Stanislaus viel von seinen hypnotischen Versuchen sprach und wiederholt erklärt hatte, er, Arnold, sei ein vorzügliches Medium. Er hatte sogar an einem Abend im Scherz angefangen — —

Eine furchtbare Angst bemächtigte sich seiner. War es damals vielleicht geschehen? Hatte Stanislaus ihn wirklich eingeschläfert und ihm seinen verbrecherischen Willen aufgezwungen.

Es schüttelte seinen ganzen Körper. War er einer jener unglücklichen Doppelmenschen, von denen er in phantastischen Erzählungen gelesen, und an die er niemals geglaubt hatte?

Es kam nicht in den Sinn, daß dies eine Erleichterung für ihn sein und seine Strafbarkeit mildern könne. Im Gegenteil, ihn erfüllte ein namenloses Entsetzen vor sich selbst. Heute hatte Stanislaus ihm befohlen zu stehlen — vielleicht befahl ihm morgen ein anderer zu morden?

Furchtbarer Zustand, seiner eigenen Taten nicht sicher zu sein! Des Abends einschlafen mit dem Gedanken — jetzt denke ich zu schlafen und vielleicht ist mein Körper in wenigen Minuten wieder auf, um irgend eine Untat zu begehen, von der mein Geist am Morgen nichts mehr weiß. Nein, es braucht ja gar nicht einmal Nacht zu sein — am hellichten Tage — scheinbar vollkommen Herr meiner selbst stehe ich unter fremder Macht! Wer ist mir gut dafür, daß ich nicht neben Gretchen gehe, sie küsse, ihr zärtliche Worte zuflüstere, und sie in der nächsten Minute auf Befehl irgend eines Schurken erdrossle, und dann nicht weiß, wie das möglich war.

Zu früher Stunde war der Rechtsanwalt Stefan Walter gekommen, den Gretchen ganz zeitig aufgesucht hatte.

Auch er schüttelte den Kopf.

„Wenn Sie angeben müssen, daß Sie auf dem Film wirklich darauf sind, und wenn der Kinooperateur beschwört, daß dieser tatsächlich in dieser Stunde aufgenommen ist — er wird ja als Zeuge vernommen werden, aber bisher liegt eine derartige Versicherung von der Nova Filmkompagnie bereits vor — dann ist es das einzig mögliche, daß wir darauf fußen, daß Sie unter fremdem Willen gehandelt haben."

Arnold wußte nicht, ob der Anwalt wirklich davon überzeugt war, oder ihn für schuldig hielt, und sich an diesen letzten Notanker klammerte, aber Dr. Walther sah den vollkommen zerrütteten Nervenzustand seines Klienten und beschloß in jedem Fall eine sofortige Beobachtung seines Geisteszustandes zu beantragen. Zum wenigsten konnte das strafmildernden Einfluß haben.

Wie der Anwalt gegangen, war Arnold noch erregter. Er kam sich selbst vor, wie ein schädliches, verderbliches Wesen, das unter keinen Umständen länger leben dürfe, und sann nach einer Möglichkeit, sich selbst zu töten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907181-12/fragment/page=0003

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem ✱ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung“ gestattet

Auf dem Wege zum Abgrund

Wie unsere Industrie ruiniert wird.

Die vom Auswärtigen Amt herausgegebenen „Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft“ geben folgende Beispiele, die in erschreckender Klarheit zeigen, wohin die unausgesetzten Unruhen in den industriellen Betrieben führen. Die Firma **Krupp** verhandelte wegen einer großen **Schiffswellenlieferung** mit einer **holländischen Werft**. Dem Abteilungsdirektor, der eigens nach Holland gereist war, um durch mündliche Verhandlungen den Auftrag auf jeden Fall für die Gußstahlfabrik zu sichern, wurde dort erklärt, daß **die andauernden Streiks der letzten Zeit das Vertrauen in die Lieferungszeit der deutschen Industrie vollständig untergraben haben.** Obwohl die Firma sich zu einem großen Preisopfer bereit erklärte, gelang es ihr nicht, die Werft bzw. die Reederei zu bewegen, ihr den Auftrag zu erteilen, vielmehr wurde die Lieferung einem englischen Stahlwerk übertragen, und zwar zu einem um 20 000 holländische Gulden höheren Preise. Ein anderer Fall betrifft die **großen Radlieferungen** für die **norwegische Staatsbahn.** Auch in diesem Falle **scheiterten** alle Bemühungen, den Auftrag der deutschen Industrie zu sichern, weil, wie der norwegische Vertreter der Firma Krupp schreibt, die norwegische Staatsbahn mit Rücksicht auf die heutigen Verhältnisse in Deutschland nicht wage, den Auftrag einem deutschen Werke zu übertragen.

Arbeiter, die nicht arbeiten wollen.

Die **Gräflich Schaffgotschen Werke** erließen am 15. Juli folgende Bekanntmachung:

Die Gräflich Schaffgotschen Werke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Beuthen O.-S., sehen sich **gezwungen**, vom 1. August 1919 ab ihre **Lithandragrube** in Beuthen-Schwarzwald **stillzulegen.** Die Förderung der Grube, soweit sie von der eigenen Belegschaft gewonnen wurde, betrug im Juni 1919 14 536 To., d. i. 0,44 To. je Schicht und Arbeiter. **Dieses Sinken der Leistung auf etwa die Hälfte der Leistung vor einem Jahre** ist darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter **nicht zu bewegen** sind, während der vereinbarten Schichtdauer von 7½ Stunden für die untertägige Belegschaft und von 8 Stunden für die übertägige Belegschaft **ordnungsmäßig zu arbeiten:** ein sehr großer Teil der Belegschaft fährt lange vor Schichtschluß — manche schon drei Stunden vorher — wieder aus, ein anderer Teil bleibt zwar während der Schicht in der Grube, **arbeitet aber grundsätzlich nur während eines kleinen Teiles dieser Zeit.**

Alle Versuche der Grubenverwaltung, diese Zustände zu bessern, blieben erfolglos. Die verläßlichen Betriebsbeamten, insbesondere der Betriebsführer, der Obersteiger, ein Fahrsteiger, ein Grubensteiger u. a., sind durch die Belegschaft **gewaltsam,** teilweise unter **Mißhandlungen und Wohnungsplünderungen von der Grube vertrieben** worden und werden vom Betriebe ferngehalten. Nur eine unzulängliche und teilweise unzuverlässige Anzahl von Angestellten ist zurückgeblieben, die es nicht wagen kann oder grundsätzlich nicht versuchen will, den Arbeitern gegenüber entschieden Stellung zu nehmen im Sinne der Wiederherstellung eines ordnungsmäßigen und gedeihlichen Grubenbetriebes. Auch jetzt verlangt die Belegschaft wieder die Entfernung von Beamten, die zur Weiterführung des Betriebes notwendig sind und hat auch bereits wieder mehrere Beamten gewaltsam entfernt. Infolge dieser Zustände hat die Lithandragrube, die **kleinste** Grube der Gräflich Schaffgotschen Werke, seit November 1918 einen **Zuschuß von rund 3¼ Millionen Mark benötigt.** Da einerseits keine Aussicht auf Aenderung besteht, die Gräflich Schaffgotschen Werke, anderseits außerstande sind, diese Zuschüsse weiter zur Verfügung zu stellen, wenn nicht die Aufrechterhaltung auch ihrer anderen Grubenbetriebe in Frage gestellt werden soll, und die jetzigen ordnungswidrigen Zustände im Grubenbetrieb weder vom Standpunkt der Grubenverwaltung noch vom Standpunkt des Bergwerksbesitzers auch weiterhin verantwortet werden können, haben sich die Gräflich Schaffgotschen Werke mangels jedes anderen Ausweges entschließen müssen, **die Grube zum 1. August 1919 ganz einzustellen** und allen Arbeitern und Angestellten **das Dienstverhältnis zu kündigen.**

Beginnende Einsicht? Die Arbeiter der **Werkstätten Königshütte,** denen sämtlich von der Verwaltung gekündigt worden war, haben ein Gesuch an die Verwaltung gerichtet, **die Kündigung rückgängig zu machen** und die Werkstätten nicht zu schließen. **Sie wollen die Akkordarbeit,** von der sie bisher nichts wissen wollten, annehmen und auch die **Entfernung der Rädelsführer** durchführen.

Geldmarkt und Banken

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte. (Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern, Dortmund.) Die Abspannung, die den Markt am Schluß des letzten Berichtsabschnittes beherrschte, konnte sehr schnell überwunden werden, nachdem die aus Gewinnsicherungen herrührenden Verkäufe beendet waren. Schon nach wenigen Tagen gewann die feste Stimmung auf allen Märkten wieder die Oberhand, und bei großen Käufen machte die Aufwärtsbewegung Fortschritte, die in manchen Fällen die Steigerungen der Vorwoche noch übertrafen. Am **Kohlenkuxenmarkte** hat die künftig sehr große Kohlenknappheit, mit der in Deutschland gerechnet werden muß, zu Erwägungen geführt, die in Käufen von Kuxen mittlerer und kleiner Unternehmungen zum Ausdruck kommen. Man rechnet damit, daß die noch freien Unternehmungen von Hüttenwerken und anderen Kohlen verbrauchenden Stellen aufgekauft werden. Unter diesem Gesichtspunkte sind die großen Erwerbungen zu beurteilen, die in der Berichtswoche in Johann-Deimelsberg, Heinrich, Admiral, Blankenburg, Gottessegen und Trappe stattfanden. Die Steigerungen für Diergardt, Moers, Wilhelmine-Mevissen beruhen auf ähnlichen Ursachen, doch dürfte hierbei ihre linksrheinische Lage noch besonders in Betracht kommen. Hermann I/III und Trier holten ihre vorwöchentliche Abschwächung bei größeren Käufen wieder ein. In den schweren Unternehmungen sind die Kurse im allgemeinen behauptet, jedenfalls mit Ausnahme von Graf-Schwerin, Lothringen und Fröhliche Morgensonne, die gebessert schließen, nicht höher. Immerhin konnten auch in Constantin der Große, König-Ludwig und Ewald zahlreiche Stücke ihre Besitzer wechseln. Am **Braunkohlenmarkte** waren vornehmlich Lucherberg und Oskarssegen im Handel, die beide bei starker Nachfrage ihre Preise aufbessern konnten. Auch Zukunft-Aktien wurden zu anziehenden Kursen gekauft. Der **Kalimarkt** stand zeitweilig unter dem Zeichen einer stürmischen Aufwärtsbewegung, von der nacheinander alle Gebiete mit Ausnahme der Kaliaktien ergriffen wurden. Die schweren Konzernwerte waren besonders bevorzugt. Von ihnen übernahm die Alexandershall-Gruppe die Führung. Alexandershall selbst erzielten eine Steigerung von mehr als 2000 M., und ihnen schlossen sich mit ansehnlichen Erhöhungen Kaiseroda, Heiligenroda, Sachsen-Weimar und Großherzog Wilhelm-Ernst an. Sehr fest lagen die Werte der Wilhelm-Sauer-Gruppe, von denen Bergmannssegen, Hugo und Hohenfels einen neuen Höchststand in diesem Jahre erreichten. Weiterhin sind aus dem großen Verkehr hervorzuheben Glückauf-Sondershausen, Wintershall, Wilhelmshall, Carlsfund, Einigkeit, Siegfried I, Volkenroda, Heringen, Günthershall, Gebra u. a. m. Neustaßfurt folgten der Bewegung nur zögernd und stehen erst bei Berichtsschluß in starker Nachfrage. Ebenso konnten die Werte der Gumpelgruppe nur langsam an der Aufwärtsentwickelung teilnehmen. Von mittleren und leichten Werten sind die bedeutenden Käufe von Felsenfest und Hüpstedt hervorzuheben, die Steigerungen von mehr als 500 M. erzielten. Lebhafte Käufe bemerkten wir weiter in Aller Hammonia, Walter, Irmgard, Meimerhausen, Heimboldshausen, Ransbach, Heldrungen, Hermann II, Rothenberg, Rothenfelde usw. Das Angebot auf dem gesamten Markte ist in den letzten Tagen wesentlich knapper geworden. Die Nachfrage für die meisten Werte hält dagegen in verstärktem Maße an. Kaliaktien nahmen, wie schon erwähnt, an der Bewegung nur in geringerem Umfange teil, und die Steigerungen hierfür halten sich in einem bescheidenen Ausmaß. Umgesetzt wurden namentlich Großherzog von Sachsen, Deutsche Kaliwerke, Adler, Justus, Krügershall und Ronnenberg. Mit sehr großen Beträgen nahm die **Kriegsanleihe** an dem allgemeinen Geschäft teil. Die Steigerung hierfür betrug im Berichtsabschnitt mehr als 3 Proz., wobei anscheinend die Bestimmungen der neuen Steuergesetze mitgesprochen haben dürften.

Industrie, Handel, Handwerk

Von der Entwurfs- und Modellmesse in Leipzig. Die Entwurfs- und Modellmesse in Leipzig, welche in Verbindung mit der diesjährigen Frühjahrs-Mustermesse erstmalig als Versuch stattfand, soll bekanntlich weiter ausgebaut werden. Die nächste Entwurfs- und Modellmesse wird zur Herbst-Mustermesse (vom 31. August bis 6. September) im Festsaal und auf der Diele des Neuen Rathauses abgehalten werden. Die auszustellenden Gegenstände unterliegen der Beurteilung durch eine zentrale Jury in Leipzig. Künftig erfolgt die Prüfung durch örtliche Aufnahmeausschüsse in den einzelnen Kunstzentren Deutschlands. Die auszustellenden Entwürfe müssen spätestens am 16. August beim Meßamt in Leipzig eingehen.

Wirkung der amerikanischen Konkurrenz. Wie die „Bauwelt“ meldet, wurde ein **Auftrag aus Rußland** über 300 Küchen-Einrichtungen an die Berlin-Halberstädter Industrie-Werke G. m. b. H. **zurückgezogen,** da amerikanische Fabriken die Möbel für die Hälfte des deutschen Preises liefern konnten.

Wiederanknüpfung der deutsch-italienischen Handelsbeziehungen. Die Mailänder Handelskammer teilt mit, daß vom 12. Juli ab die **Ein- und Ausfuhr mit Deutschland wieder aufgenommen** wurde. Die italienische Ausfuhr ist nach dieser Bekanntmachung auch nach den von den Ententeregierungen besetzten Gebieten des linken Rheinufers gestattet.

Preiserhöhung für Hufnägel. Das Deutsche Hufnägelsyndikat in Hannover hat die Verkaufspreise mit Wirkung ab 1. Juli durch Hinaufsetzung des Aufschlages auf die Grundpreise um 25 Prozent **erhöht.** Zuletzt waren die Preise im Mai erhöht worden.

Dynamitfabrik A.-G. in Dresden. Auch diese Gesellschaft dehnt ihren Geschäftsbetrieb neben der Herstellung von Sprengstoffen nunmehr auf die Herstellung von Industrieerzeugnissen sowie den Handel mit solchen aus.

Elbeschiffahrt. Es trafen am 16. Juli die Kähne Nr. 69 und 5530 in Aken ein.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. In der Aufwärtsbewegung am heimischen Anleihemarkt und besonders in Kriegsanleihe ist heute ein Rückgang eingetreten. Kriegsanleihe setzte mit 83⅝ ein und hielt sich dann bei leichten Schwankungen auf diesem Stand. Die Neigung zu Gewinnsicherungen, die hierbei eine Rolle spielte, griff auf Schatzscheine und alte heimische Anleihen über, so daß auch hier Preisnachlässe bis zu 1 Prozent eintraten. Auch auf dem Aktienmarkte war heute die Kursbewegung nicht mehr so einheitlich fest wie an den Vortagen. Immerhin bestand noch Kauflust für oberschlesische Montanwerte bei Preissteigerung bis zu 5 Proz. Doch mußten sich auch einige Werte, wie Mannesmann, Bochumer und Phönix, Kursabschwächungen gefallen lassen. Schiffahrtswerte lagen bei ungefähr behaupteten Preisen still. Von ausländischen Bahnaktien war Prinz Heinrich-Bahn und Orientbahn im Kurse leicht gebessert. Türkische Tabakaktien behauptet. Auf den übrigen Marktgebieten ging es weitaus stiller her, mit Rückgängen von 3—5 Prozent für Daimler, Rheinische Metallwaren und Hirsch-Kupfer. Oesterreichische und ungarische Anleihen behaupteten ihren Kursstand.

Produktenbericht. Bei der sinkenden Preistendenz im freien Warenverkehr wird auch in Kreisen des Handels in letzter Zeit sehr über die Neigung zu allen möglichen Beschwerden und Ausstellungen bei der Abnahme der Ware geklagt. Dies ist besonders bei den Geschäftsabschlüssen mit Heu nach Süd- und Südwestdeutschland der Fall, so daß der Handel nur wenig Geneigtheit zu neuen Abschlüssen hat. Im Verkehr mit den im Osten dem Handel freigegebenen Futterstoffen liegen zwar in einzelnen Sorten Angebote vor, doch ist die Kauflust noch sehr gering. In Lupinen und Serradella sind bei den gewichenen Preisen einige Abschlüsse zustande gekommen.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt

Eisenbahn-Aktien:		Gasmotoren Deutz	136,—
Halberstadt-Blankenb.	81,—	Gebhardt u. Co.	—,—
Halle-Hettstedter	71,50	Gebhardt u. König	80,—
Schantungbahn	131,75	Gelsenkirch. Bergb.	179,—
Allg. Lokal-Str.	132,50	Glauziger Zuckerfbr.	268,—
Gr. Berl. Str.	123,25	Hallesche Masch.-Fabr.	314,—
Magdeburger Str.-B.	—,—	Hann. Masch.	315,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	294,—	Harpener Berg	166,50
Orientbahn	247,50	Hasper Eisen	1[illegible]4,50
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	224,50
Hambg. Paketfahrt	100,3/8	Höchster Farbw.	300,50
Hambg.-Südamerika	169,55	Hoesch Eisen u. Stahl	214,7/8
Hansa-Dampfschiff	226,—	Hohenlohe-Werke	124,50
Nordd. Lloyd	102,50	Humboldt-Masch.	133,—
Banken:		Ilse-Bergbau	308,—
Bank für Thür.	—,—	Kahla-Porzellan	309,75
Berl. Handelsges.	154,25	Kaliw. Aschersleben	164,—
Comm u. Diskontobank	124,50	Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Darmstädter Bank	110,50	Kyffhäuserhütte	150,—
Dess. Landesbank	110,—	Lahmeyer u. Co.	121,—
Deutsche Bank	196,20	Lauchhammer	167,—
Diskonto-Comm.	156,25	Laurahütte	168,50
Dresdner Bank	135,—	Linke u Hofmann	278,—
Credit-Anst. Leipzig	126,—	Ludwig Loewe u. Co.	—,—
Mitteld. Kreditbank	114,75	Lothringer Hütte	157,—
„ Privat-Bank	111,—	Mannesmannröhren	179,50
Nationalbank	—,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	136,50
Oesterr. Kredit	—,—	do. Caro Heg.	146,—
Reichsbank	149,25	do. Kokswerke	211,—
Industrie-Aktien:		Orenstein u. Koppel	173,50
Schultheiss-Brauerei	250,—	Phönix-Bergb.	197,—
Akt. f. Anilin	247,—	Rhein. Metall-Vorz.	192,50
Allgem. Elektr.-Ges.	181,—	Rhein Stahlwaren	146,—
Ammendorfer Papierf.	—,—	Riebeck Montan	186,—
Anhalter Kohlenw.	172,—	Rombacher Hütten	149,75
Annaberger Steingut	171,50	Rositzer Braunk.	118,50
Badische Anilin	330,—	Rositzer Zucker	160,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	147,50	Sangerhäuser Masch.	230,—
Berl. Masch.-Bau	214,—	Hugo Schneider u. Co.	188,75
Bismarckhütte	211,50	Schuckert u. Co.	196,25
Bochumer Gußstahl	190,—	Siemens u. Halske	169,75
Chem. Fabrik Buckau	114,50	Stettiner Vulkan	110,75
Chem. Griesheim	204,75	Stollberger Zinkh.	110,75
Chem. v. Heyden	228,50	Strals. Spielkarten	231,—
Consolidation Schalke	240,—	Thale-Eisenhütte	244,75
Cröllwitzer Papierfabr.	214,—	Triptis-Akt.-Ges.	180,50
Daimler-Motoren	207,—	Türkische Tabakregie	—,—
Deutsch-Luxemburg	147,7/8	Ver. Köln-Rottweiler	183,50
Deutsche Uebersee-El.	217,50	Glanzstoff Elberf.	459,50
Deutsche Erdöl	306,50	Wegelin u. Hübner	—,—
Deutsche Gasglühl.	398,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Deutsche Kali	177,25	Westeregeln-Alkali	223,75
Deutsche Waff. u. Mun	218,50	Wittener Gußstahl	195,—
Donnersmarkhütte	200,50	Wrede-Mälzerei	123,—
Döring u. Lehrmann	119,—	Zeich.-Kriebitsch. Brk.	—,—
Dürkoppwerke	290,25	Zeitzer Masch.	350,—
Elberfelder Farben	295,—	Zellstoff Walthof	180,—
Felten u. Guilleaume	—,—	Otavi-Minen	131,—

„H. Z.“ Sportberichte

Rennen in Bad Harzburg

Donnerstag, den 17. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

1. **Begrüßungs-Jagdrennen.** 5000 M., 3000 Meter. Das Rennen wurde in 2 Abteilungen gelaufen und der Preis doppelt gegeben. 1. Abteilung: 1. Welt Now, 2. Signorelli, 3. Simon Cratton. Toto für Sieg 37, Plätze 18, 46, 228. Ferner liefen: Mosaik, Maurepas, Siamesie, Fantasie, Herzkönig, Isar, Ferne, Quamoiu. — 2. Abteilung: 1. Blumenlese, 2. Nelha, 3. Stumme von Portici. Toto für Sieg 21, Plätze 14, 20, 23. Ferner liefen: Samum, Somme, Hackeläuer, Bastion, Drachenfels, Goldseele, Waldfrieden, Marschland 2.

2. **Versuchungsrennen der Hengste.** Ehrenpreis und 5000 M., 2500 Meter. 1. Ucas, 2. Steinberger, 3. Mardonius. Toto für Sieg 174, Plätze 21, 12, 27. Ferner liefen: Corsar, Prahlhans, Erbfolger, Spartaner, Feldstein.

3. **Silberborn-Jagdrennen.** 5000 M., 3600 Meter. 1. Major Roth, 2. Lausbub, 3. Ostmark. Toto für Sieg: 17. Plätze: 14, 16, 25. Ferner liefen: Sperrfeuer, Saarfels, Heimat, Kurzkehrt, Ornament, Skutari, Ist gemacht.

4. **Kasino-Preis.** Ehrenpreis und 10 000 M., 4000 Meter. 1. Pillao, 2. Nicitta, 3. Theo. Toto für Sieg: 19. Plätze: 13, 28, 29. Ferner liefen: Marchese, Mantel, Wasservogel, Heinerle, Bora, Artilleriefeuer, Arkansas, Ober, Hannoveraner.

5. **Preis von Ilsenburg.** 5000 M., 3000 Meter. 1. Reißaus, 2. Biedermann 2, 3 Bummler. Toto für Sieg: 22. Plätze 11, 20. Ferner liefen: Wilderich, Jutta 2, Jasjolda, Deckung.

6. **Preis von Bündheim.** 5000 M., 3200 Meter. Ueber das Rennen lag bei Schluß der Redaktion noch keine Meldung vor.

Rennen in Berlin-Grunewald

(Eigener Drahtbericht der „H. Z.“)

Donnerstag, 17. Juli.

1. **Preis von Langenbielau.** 8000 M., 1400 Meter. 1. Carola, 2. Döberitz, 3. Friedenstaube. Toto für Sieg. 271. Plätze: 21, 16, 16. Ferner liefen: Jodler, Belladonna, Goldmöve, Edith, Reue, Armada, Märchen, Norne, Seidenschwanz.

2. **Preis von Gatow.** 12 000 M., 3000 Meter. 1. Lancelot, 2. Peredur, 3. Wirbel. Toto für Sieg: 17. Plätze: 1[illegible], 25, 23. Ferner liefen: Südost, Bomba, Geheimtyp, Theeroir, Wintersaat, Carlotta.

3. **Fabula-Rennen.** 22 000 M., 1600 Mtr. 1. Heuchelei, 2. Oblate, 3. Sturmflut. Toto für Sieg: 15. Plätze: 11, 31, 16. Ferner liefen: Finis, Heidelerche, Oneida, Sphinx, Alea.

4. **Heyden-Linden-Erinnerungsrennen.** Ehrenpreis und 40 000 M., 5000 Meter. 1. Carlsminde, 2. Indus, 3. Cerberus. Toto für Sieg: 24. Plätze: 22, 16, 13. Ferner liefen: Alerich, Rosendaal, Philomele, Christine.

5. **Tribünen-Rennen.** 10 000 M., 2000 Meter. 1. Condor, 2. Markgraf, 3. Sterna. Toto für Sieg: 49. Plätze: 16, 13. Ferner liefen: Castor III, Raubgräfin, Feldherr.

6. **Adonis-Rennen.** 22 000 M., 2400 Meter. 1. Einsiedler, 2. Rosenritter, 3. Blindgänger. Toto für Sieg: 19. Plätze: 10, 10. Ferner lief: Eggenfelden.

7. **Rubin-Jagdrennen.** 10 000 M., 3200 Meter. 1. Seydlitz, 2. Lot, 3. Westerwald. Toto für Sieg: 31. Plätze: 16, 26, 74. Ferner liefen: Olala, Baldur, Laubfrosch, Götterknabe, Marschallin, Schützling, Rotdorn. — Das ganze Feld hatte sich verritten, die ersten drei Pferde hatten aber gewendet und den richtigen Kurs eingeschlagen. Auf sämtliche plazierten Pferde werden die Einsätze zurückgezahlt.

8. **Cajus-Ausgleich.** 16 000 M., 1500 Meter. 1. Taurus, 2. Auffahrt, 3. Steinkohle. Toto für Sieg: 152. Plätze: 90, 34, 48. Ferner liefen: Wellenbrecher, Eilpost, Tradition, Parodie, Reinfall, Fra Diavolo, Malachit, Morave II, Helmchen, Godesberg, Attacke, Maison Rouge, Sydon

✱

Die deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei haben dem Reichsausschuß auf seine an alle Fraktionen gerichtete Bitte mitgeteilt, daß sie die **Befreiung** der Amateursportveranstaltungen in dem geplanten **Reichs-Vergnügungssteuer-Gesetz** unterstützen werden. Hoffentlich bekennen sich auch die anderen Parteien auf diesem unpolitischen Gebiet zur gleichen Haltung.

Das Hindenburgfest im Stadion am kommenden Sonntag bildet den Höhepunkt der diesjährigen Sammelfeste. Die Beteiligung der Turnerschaft besteht in einem Kürturnen am Reck u. Pferd, in einem Barlauf-, Faustball- und Schlagballwettspiel. Die Schwerathletik wird durch Ringkämpfe in mehreren Gewichtsklassen und Tauziehen vertreten sein. Im Ringen werden Berliner und auswärtige Sportleute antreten.

— **Sportlehrer nicht startberechtigt.** Die Rundfrage an die Ausschußmitglieder der Deutschen Sportbehörde für Athletik in dieser Angelegenheit hat im Anschluß an eine Besprechung des Vorstandes ergeben, daß die Mehrheit den Sportslehrern eine Startberechtigung abspricht. Die Deutsche Sportbehörde für Athletik beschließt daher wie folgt: „Alle Sportsleute, die ihren Lebensunterhalt durch ihre Lehrtätigkeit im Sport erwerben, können an sportlichen Wettkämpfen der Deutschen Sportbehörde für Athletik nicht teilnehmen.“

Gewinn-Auszug der 14. Preuss.-Südd. (240. Preuss.) Klassen-Lotterie

1. Klasse **2. Ziehungstag** **16. Juli 1919**

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) **(Nachdruck verboten.)**

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 60 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 3000 M 81243
4 Gewinne zu 1000 M 101432 122221
2 Gewinne zu 500 M 5258
6 Gewinne zu 400 M 37896 123174 198496
18 Gewinne zu 300 M 34024 67305 72274 73767 103646 145597 166235 192371 207860
14 Gewinne zu 200 M 7247 38489 82165 89019 97334 112146 154358
68 Gewinne zu 100 M 2194 2947 9420 13091 24246 43509 47653 53206 6153[illegible] 62323 62662 63571 73389 79149 83371 89684 91652 97298 102156 103881 115425 117679 125456 136440 138056 153081 1[illegible]9071 163533 191271 196762 198380 198797 203394 207922

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 60 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 400 M 20675[illegible]
12 Gewinne zu 300 M 57 79644 87026 88048 108673 20608[illegible]
24 Gewinne zu 200 M 42639 79470 91623 96146 108123 118666 128265 131050 132696 151[illegible]59 209030 212791
76 Gewinne zu 100 M 16421 23186 25003 45140 56398 57027 62442 65577 66689 82119 85501 90553 91155 92041 92218 102162 109765 110719 110862 113137 118381 121573 123617 123985 125782 126805 132157 133456 135[illegible]38 141458 141[illegible]77 143427 164834 166521 167192 179416 182279 189025

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher. für Volkswirtschaft und Sport: i. V.: Helmut Böttcher für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: i. V.: Kurt Steinhauf; sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Halleschen Zeitung Otto Thiele Halle a. S.
Verlagsdirektor: Robert Boetzsch. (Verreist).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907181-12/fragment/page=0004